

29.09.2015

Niederschrift über die Senatssitzung

(1.9)

Herr Bürgermeister Scholz trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2015/1816, betreffend

Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen als
Laufbahnbefähigung aufgrund des Gemeinschaftsrechts,

vor.

Der Senat nimmt Kenntnis und fasst folgenden Beschluss:

Das Personalamt wird beauftragt, den mit der Drucksache als Anlage 1 vorgelegten Entwurf einer Verordnung zum Erlass der Hamburgischen EU-Laufbahnbefähigungsanerkennungsverordnung und zur Änderung der Verordnung über die Laufbahnen der hamburgischen Beamtinnen und Beamten die Beteiligungsverfahren mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und Berufsverbände nach § 53 Gesetz zur Regelung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten in den Ländern bzw. § 93 Hamburgisches Beamtengesetz sowie dem Landespersonalausschuss nach § 94 Hamburgisches Beamtengesetz durchzuführen.

Gr. Verteiler

Für die Richtigkeit



Dr. Jutta Bechmann



702. 29-01-2015
741. 01-04

Berichterstattung:
Bürgermeister Scholz
Staatsrat Dr. Krupp

TOP I. 9
Erkundung VO

Eing.: 23. SEP. 2015

Vorblatt zur
Senatsdrucksache
Nr. 2015/01816
vom. 18.09.2015

Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen als Laufbahnbefähigung aufgrund des Gemeinschaftsrechts

A. Zielsetzung

Die Drucksache dient der Unterrichtung des Senats über den Entwurf einer **Verordnung zum Erlass einer Hamburgischen EU-Laufbahnbefähigungsanerkennungsverordnung (HmbEULBAVO) und zur Änderung der Verordnung über die Laufbahnen der hamburgischen Beamtinnen und Beamten** als Grundlage für eine verbesserte Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen im Dienstrecht aus Anlass der Änderungen der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems (sog. IMI-Verordnung) durch die Richtlinie 2013/55/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 (ABl. L 354 S. 132) sowie der Beauftragung des Personalamtes, die erforderlichen beamtenrechtlichen Teilnahmeverfahren durchzuführen.

B. Lösung

Kenntnisnahme des Senats und Durchführung der für den Erlass der Rechtsverordnung erforderlichen Verfahren.

C. Auswirkungen auf den Haushalt

Die zukünftige Entwicklung der Fallzahlen bei den Anerkennungsverfahren im Dienstrecht lässt sich nicht vorhersehen. Dementsprechend können für die Durchführung der Verfahren entstehende Kosten derzeit nicht quantifiziert werden. Die Kosten werden aus den in den jeweiligen Einzelplänen veranschlagten Haushaltsmitteln gedeckt.

D. Auswirkungen auf die Vermögenslage

Keine.

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen

Keine.

F. Auswirkungen auf:

- Familienpolitik
- Klimaschutz
- Bürokratieabbau
- Inklusion
- Gleichstellung

G. Alternativen

Keine.

H. Anlagen

1. Entwurf einer Verordnung zum Erlass einer Hamburgischen EU-Laufbahnbefähigungsanerkennungsverordnung und zur Änderung der Verordnung über die Laufbahnen der hamburgischen Beamtinnen und Beamten
2. Erläuterungen